

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/130 –**

### **Einsetzung eines Ausschusses des Deutschen Bundestages für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller machen geltend, dass die besonderen Probleme in den neuen Bundesländern sowie das zeitgleiche Zusammentreffen von Transformationsprozessen in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt einer erhöhten parlamentarischen Aufmerksamkeit bedürften. Die anderen Ausschüsse des Deutschen Bundestages könnten diese nicht im gebotenen Maße gewährleisten. Der neu einzurichtende Ausschuss soll sich außerdem mit der Förderung strukturschwacher Regionen in den alten Bundesländern befassen.

#### **B. Lösung**

Der Antrag auf Einrichtung eines Ausschusses für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen wird abgelehnt. Noch vorhandene teilungsbedingte Belastungen sollen nicht in einem besonderen Gremium, sondern entsprechend der auch sonst üblichen Aufgabenverteilung im Deutschen Bundestag in den Ausschüssen behandelt werden, welchen der jeweilige Politikbereich organisatorisch zugeordnet ist.

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/130 abzulehnen.

Berlin, den 6. April 2006

### **Der Ältestenrat**

**Dr. Norbert Lammert**  
Präsident

**Manfred Grund**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Manfred Grund

### I. Überweisung

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Dr. Dietmar Bartsch und der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/130 ist in der 8. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 2005 in erster Lesung beraten und an den Ältestenrat überwiesen worden.

### II. Beratung im Ältestenrat

Der Ältestenrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 9. März 2006 anberaten und in seiner Sitzung am 6. April 2006 abschließend behandelt.

Seitens der **Fraktion DIE LINKE.** wurde dargelegt, dass der Aufbau Ost für die Entwicklung Deutschlands von entscheidender Bedeutung sei. Die Aktualität des Themas habe die Debatte über den Stand der Deutschen Einheit erst unlängst gezeigt. Ein Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder und für andere strukturschwache Regionen könne besser als die jeweiligen Fachausschüsse die Koordination der vielfältigen Aktivitäten zur Überwindung der immer noch vorhandenen Unterschiede zum Beispiel beim Export, bei den Einkommen oder bei den Arbeitslosenzahlen übernehmen und stelle zugleich die geeignete Ansprechstelle für den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer dar. Außerdem ließen sich dort die in Ostdeutschland gewonnenen Erfahrungen beim Stadtumbau, beim Rückbau von Wohnungen oder bei der Kinderbetreuung usw. sammeln, um dieses Know-how künftig in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland einzubringen.

Die **Fraktionen der CDU/CSU** und **SPD** hielten dem entgegen, dass es im Deutschen Bundestag keiner speziellen Arbeitsstruktur bedürfe, die sich ausschließlich mit den teilungsbedingten Belastungen befasse. Die spezifischen Belange Ostdeutschlands könnten und müssten vielmehr im Rahmen der allgemeinen Organisation des Deutschen Bundestages in den jeweiligen Fachausschüssen behandelt werden. Dies belege nicht zuletzt die Erfahrung mit dem früheren Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder, dem nur sehr wenige Vorlagen zur federführenden Beratung über-

wiesen worden seien und dem kein Ressort und damit auch kein Haushaltsbudget gegenübergestanden habe. Hinzu komme, dass sich die gesamtdeutsche Sichtweise und das übergreifende Herangehen an die Probleme positiv auf die Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den politisch Verantwortlichen auswirke. Die Angleichung des Arbeitslosengeldes II und die Verlängerung der Geltungsdauer des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes seien zudem sinnfälliger Ausdruck dafür, welche Bedeutung dem Thema nach wie vor zukomme und auch beigemessen werde.

Diese Position wurde auch von der **Fraktion der FDP** unterstützt. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland stelle eine Querschnittsaufgabe dar, die alle angehe und klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten erfordere. In einem besonderen Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder werde mangels eigener Entscheidungskompetenz aber nur über Dinge gesprochen, die später in anderen Ausschüssen entschieden werden müssten. Wichtiger als ein spezieller Ausschuss sei das Engagement auf den Politikfeldern, die Ostdeutschland besonders beträfen. Darüber hinaus sei der Begriff der strukturschwachen Gebiete als zu unbestimmt zu kritisieren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beklagte ergänzend den rückwärts gewandten Ansatz des Antrags. In diesem Sinne komme der Einsetzung des beantragten Ausschusses bloßer Symbolcharakter zu. Dies werde auch an der Größe des Ausschusses von 15 Mitgliedern deutlich, die nicht geeignet sei, die gesamte Themenvielfalt zu bearbeiten. Als besserer Ansatz habe sich die gemeinsame Diskussion der für den Aufbau Ost relevanten Themen mit den Fachpolitikerinnen und -politikern herausgestellt.

### III. Votum

Der Ältestenrat empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 16/130 abzulehnen.

Berlin, den 6. April 2006

**Manfred Grund**  
Berichterstatter

